

255

E 2200 Berlin 2/2

*Der Vorsteher des Politischen Departementes, G.Motta,
an den schweizerischen Gesandten in Berlin, H.Rüfenacht*

S Vertraulich
Beziehungen zu Russland

Bern, 15. Februar 1927

Ich bekenne mich dankend zum Empfang Ihres werten Schreibens vom 13. d.M.¹ und bestätige ich Ihnen das chiffrierte Telegramm, das an Sie, in meinem Auftrage, durch die Abteilung für Auswärtiges gesandt worden ist.

1. Nr.254.



15. FEBRUAR 1927

437

Ich erhielt Ihren Brief gestern während einer Sitzung des Bundesrates und so konnte ich die Frage, um die es sich handelt, meinen Kollegen zum Entscheide sofort unterbreiten².

Der Bundesrat hat die Frage, ob nun Verhandlungen mit der Sovietregierung eingeleitet werden sollen, noch nicht endgültig entschieden. Er ist aber der Meinung, dass, wenn Verhandlungen eingeleitet werden sollen, dieselben *direkt* und zwar in *Berlin* durch unsern Gesandten, also durch Sie selbst, geführt werden sollen. Ferner ist der Bundesrat der Meinung, dass Sie, Herr Minister, in der nächsten Zeit nach Bern, zwecks Entgegennahme von Instruktionen, kommen sollten.

Ich bitte Sie, die Zeit nach Ihrer Konvenienz zu wählen. Ich bin von Bern abwesend in den Tagen vom 24. bis 28. Februar, ferner den 4. März. An allen andern Tagen stehe ich Ihnen zur Verfügung.

Sobald ich weiss, wann Sie nach Bern kommen können, werde ich auch die Delegation für Auswärtiges für die nötigen Besprechungen einberufen.

Da die Sache im Grunde keine sehr grosse Eile hat, wollte der Bundesrat nicht, dass Herr Scheffer sich in Berlin zu unserer Verfügung halte.

[...]

Immerhin neige ich der Auffassung zu, dass der Bundesrat sich für die Einleitung von Verhandlungen entschliessen wird. Selbstverständlich wird die Frage der *Anerkennung de jure* nicht in Diskussion gezogen werden dürfen. Unser Standpunkt bleibt immer der gleiche.

2. Das Protokoll der Bundesratssitzung vom 14. 2. 1927 führt aus: [...] In der Beratung wird der Meinung Ausdruck verliehen, dass wir wohl bald einmal – sei es wegen uns selbst, sei es wegen unserer Beziehungen zum Völkerbund – in neue Verhandlungen mit Russland werden eintreten müssen, damit wir nicht zu gegebener Zeit unter einem Drucke von aussen (Völkerbund oder dritte Macht) doch gezwungen würden, nachzugeben. Andererseits spricht das letzte grobe Schreiben der Sovietregierung an den Völkerbund gegen die Wahrscheinlichkeit eines Erfolges und die Wünschbarkeit der Aufnahme der Verhandlungen im jetzigen Augenblick. Jedenfalls könne aber der jetzige Zustand ohne Schaden für die Schweiz nicht mehr allzu lange aufrecht erhalten werden.

Es wird daher *beschlossen*:

Die Frage, ob nun Verhandlungen mit der Sovietregierung eingeleitet werden sollen, wird später entschieden werden. Falls solche stattfinden, so müssen sie aber direkt, und zwar durch unsern Gesandten in Berlin, geführt werden. Dieser wird infolgedessen Herrn Scheffer für seine bisherigen Dienste danken und ihn abreisen lassen. Ferner ist der Gesandte zu ersuchen, in der nächsten Zeit nach Bern zu kommen, zwecks Entgegennahme von Instruktionen (E 1005 2/3).